

Das Projekt Europa im Spiegel der französischen Debatte über den europäischen Verfassungsvertrag, Beitrag für Dokumente

Das französische Nein hat Europa erschüttert. Die einen erwarten eher freudig eine Änderung oder das Ende des Verfassungsvertrages. Die anderen sind schockiert und fürchten um die Zukunft des europäischen Projektes. Allen gemeinsam ist eine gewisse Ratlosigkeit über die Konsequenzen, die aus dem französischen Theaterdonner zu ziehen sind. Um so wichtiger ist es, die französische Entscheidung genau in den Blick zu nehmen, wobei es nicht nur um das Ergebnis des Referendums gehen kann, sondern um die Inhalte der Debatte, die weit über den zur Abstimmung stehenden Text hinausreichte. So wurden der Verlauf und das Ergebnis der Auseinandersetzungen über den Verfassungsvertrag neben den innenpolitischen Machtkämpfen¹ vor allem durch eine Debatte über die zukünftige Gestaltung europäischer Politik geprägt. Die Auseinandersetzung mit den Inhalten des zur Abstimmung vorliegenden Textes war dabei zumindest teilweise von zweitrangiger Bedeutung, wengleich immerhin 58% der Franzosen Mitte Mai angaben, den Vertragstext zumindest in Teilen gelesen zu haben². Diskutiert wurde jedoch weniger über die konkreten Bestimmungen des Vertrages als über die Vorstellungen zur Gestaltung europäischer Politik und die Vereinbarkeit dieser Vorstellungen mit dem Verfassungsvertrag.

Aus der Intensität der Auseinandersetzung und der schließlich erfolgten Ablehnung des Verfassungsvertrages sollte jedoch nicht gefolgert werden, dass die Franzosen der europäischen Einbindung insgesamt ablehnend gegenüber stehen. Spätestens seit dem Ende der Nachkriegsordnung wird die europäische Einbindung auch in Frankreich nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Darüber hinaus stand die französische Bevölkerung zu Beginn der Debatte über den Verfassungsvertrag nicht nur der Einbindung in die Europäische Union vergleichsweise positiv gegenüber³, sondern auch gegenüber dem Verfassungsvertrag zeigten sich die Franzosen nicht wesentlich kritischer als die Deutschen oder die Europäer insgesamt⁴. Erst im Zuge der Referendumskampagne der politischen Eliten hat sich in der Bevölkerung das Verhältnis von Gegnern und Befürwortern des Verfassungsvertrages umgekehrt. Die Verfassungsdebatte entpuppte sich schnell zu einem Ventil für das Unbehagen gegenüber der Gestaltung europäischer Politik, das sich seit dem Referendum über den Maastrichter Vertrag aufgestaute hatte und in dem von institutionellen Fragestellungen dominierten Konventsprozess keine Berücksichtigung gefunden hat. Die schließlich erfolgte Ablehnung der Verfassung ist jedoch nicht als ein Sieg der europafeindlichen Kräfte im rechtsextremen und souveränistischen Lager zu interpretieren. Nur 19,5% der „Nein-Sager“ haben sich diesem Lager zugeordnet, während sich 49% von ihnen mit den Parteien der parlamentarischen Linken und der Grünen identifizierten. Ebenso sprachen sich unmittelbar nach dem Referendum 72% der Franzosen für eine Fortsetzung der europäischen Integration

¹ vgl. zu den innenpolitischen Aspekten der Auseinandersetzung den Beitrag von Medard .Ritzenhofen in diesem Heft

² Umfrage IPSOS vom 13. und 14. Mai 2005, vgl. www.ipsos.fr und Infratest-dimap zwischen 04. und 06. Mai 2005, www.infratest-dimap.de.

³ Nach einem über zwei Jahre zu konstatierenden Rückgang ist die Zahl derer, die die Einbindung Frankreichs in die EU für eine gute Sache halten, im Oktober 2004 auf 56% angestiegen, gegenüber 18%, die die europäische Einbindung für eine schlechte Sache halten, und 28%, die sich unentschieden zeigten. vgl. Eurobarometer 62, National Report, France, S.22

⁴ vgl. Eurobarometer Special Survey 62.1, The future Constitutional Treaty, January 2005, pdf, S.15; Gemäß dieser Umfrage sprachen sich im November 2004 54% der Deutschen und 48% der Franzosen und 49% der Europäer insgesamt für den Verfassungsvertrag aus. Die Zahl der Gegner betrug in Deutschland und Frankreich 17%

aus⁵. Zur Debatte stand also nicht die europäische Einbindung an sich, sondern die Frage der Gestaltung europäischer Politik.

Ziel dieses Beitrages ist es daher, die in der französischen Verfassungsdebatte enthaltenen Vorstellungen zur Gestaltung europäischer Politik zu ermitteln und die Übereinstimmung zwischen Elitendiskurs und den Einstellungen in der Bevölkerung zu hinterfragen. Eine hervorragende Rolle haben die Fragen nach dem Sozialmodell europäischer Politik und nach den Grenzen der Union gespielt. Weiterhin eingeflossen, jedoch weniger umstritten sind Erwägungen bezüglich der neuen Rolle der EU als internationaler Akteur und -in eher zu vernachlässigenderer Form - Aspekte der demokratische Legitimation europäischer Politik.

Sozialmodell

Die soziale Gestalt der europäischen Union kann als zentraler Focus der Verfassungsdebatte bezeichnet werden. Sowohl Gegner als auch Befürworter des Verfassungsvertrages haben sich auf die Forderung einer sozialen Gestaltung europäischer Politik bezogen. Diskutiert wurde dabei weniger, welches die Merkmale und Politikstrategien eines sozialen Europas sind, sondern ob der Verfassungsvertrag die Stärkung der sozialen Dimension europäischer Politik ermöglicht oder verhindert. Während die einen in unterschiedlichen Akzentuierungen den Verfassungsvertrag als Grundlage für eine Verstärkung der sozialen Dimension europäischer Politik verteidigten, warnten die anderen vor einer Festschreibung eines „ultra-liberalen“ Politikmodells, das zu einer Zuspitzung der sozialen Disparitäten in Europa führt⁶. Eine Verschärfung erfuhr die Debatte durch die Auseinandersetzungen um die „Bolkestein-Richtlinie“ zur Einführung der Dienstleistungsfreiheit auf dem europäischen Markt, die als direkte Bedrohung des französischen Modells der Daseinsvorsorge aufgefasst wurde.

Ohne auf die Debatte über das soziale Europa im Einzelnen einzugehen⁷ kann festgehalten werden, dass es sich hierbei um die Fortsetzung einer Auseinandersetzung handelte, die die französische Politik seit dem Referendum zum Maastrichter Vertrag im Jahre 1992 kennzeichnet. Ähnlich wie vor mehr als 10 Jahren lehnten insbesondere jene gesellschaftlichen Gruppen den Verfassungsvertrag ab, die zu den Verlierern des Modernisierungsprozesses zählen. Darüber hinaus hat eine breite Mehrheit der aktiv Beschäftigten den Verfassungsvertrag abgelehnt, wobei auch die Mittelklasse stärker als noch bei der Abstimmung über den Vertrag von Maastricht in die Front der „Nein-Sager“ einbezogen war. Allein Rentner und Studierende haben sich mehrheitlich für den Verfassungsvertrag ausgesprochen⁸. Eine Zuspitzung der Auseinandersetzungen über das europäische Sozialmodell lässt sich auch insofern feststellen, als es in der aktuellen Debatte nicht mehr vornehmlich die europafeindlichen Kräfte sind, die das dominante Modell europäischer Politik kritisieren, sondern dass die Auseinandersetzung weit in die Kreise der großen europafreundlichen Parteien hinein reicht und insbesondere in der sozialistischen Partei zum Wiederaufbrechen längst überwunden geglaubter Auseinandersetzungen und zu existenzgefährdenden internen Spaltungen führte. Die Virulenz der Debatte über das soziale Europa spiegelt zum einen die zugespitzte ökonomische Lage und die daraus resultierenden sozialen Probleme wieder. Darüber hinaus verweist die Tatsache, dass sowohl Befürworter als auch Kritiker des Verfassungsvertrages aus allen politischen Lagern in unterschiedlicher

⁵ vgl. Ipsos-Umfrage vom 29.5. 2005

⁶ vgl. u.a. Attac, „Constitution“ européenne. Ils se sont dit oui, Attac leur répond, Mille et Une Nuits, 2005, S.49ff ; Lechevalier, Arnaud / Wasserman, Gilbert, La Constitution européenne. Dix clés pour comprendre, La Découverte, Paris, 2005, S.81ff.

⁷ vgl. zu diesem Thema den Beitrag von Henrik Uterwedde in diesem Heft

⁸ vgl. Ipsos-Umfrage vom 29.5.2005, <http://www.ipsos.fr/CanalIpsos/articles/1608.asp?rubId=19> (1.6.2005)

Form das Anliegen einer Stärkung des sozialen Europa in ihre Argumentation einbezogen, auf die Reibungen zwischen dem liberalen Modell europäischer Politik und dem republikanischen Modell des Wohlfahrtsstaates, dass der politischen Regulierung sozialer und ökonomischer Prozesse unbedingte Priorität einräumt. Nicht zuletzt reflektiert diese Debatte ein in Frankreich weitverbreitetes Verständnis Europas als Verlängerung des nationalen Bezugsrahmens und als eines fest umrissenen Raumes, in dem die ökonomischen und sozialen Prozesse auf der Basis gemeinsamer Zielsetzungen politisch zu gestalten sind⁹. Insoweit spiegelt die Debatte der Eliten über das „soziale“ Europa nicht nur die in der Bevölkerung weit verbreiteten sozialen Ängste wider, sondern darüber hinaus eine Krise des republikanischen Politikmodells, für deren Lösung es jedoch ebenso wenig konsensfähige Konzepte gibt, wie für die Strategien, die zur Stärkung der sozialen Dimension europäischer Politik beitragen könnten.

Grenzen Europas und die Türkei

Der zweite große Themenbereich, der die Auseinandersetzungen über den Verfassungsvertrag maßgeblich prägte, betrifft die Grenzen Europas. Schon allein die Tatsache, dass die Notwendigkeit einer institutionellen Reform mit der Erweiterung begründet wurde, hat dazu beigetragen, dass die Verfassungsdebatte mit der Erweiterungsfrage verknüpft wurde. Ein besonderes Gewicht erlangte die Erweiterungsfrage durch die parallel zur Verfassungsdiskussion aufgebrochene Debatte über den EU-Beitritt der Türkei. Eine Verknüpfung beider Debatten konnte auch durch die von Staatspräsident Chirac initiierte Festschreibung eines Referendums zum EU-Beitritt der Türkei nicht verhindert werden. Im Unterschied zur Diskussion über die soziale Dimension europäischer Politik ist jedoch der Frage der Erweiterung und insbesondere dem Thema des EU-Beitritts der Türkei nur ein vermittelter Einfluss auf das Votum für oder gegen den Verfassungsvertrag zuzuschreiben. So haben sich sowohl Gegner als auch Befürworter des Verfassungsvertrages gegen einen EU-Beitritt der Türkei ausgesprochen und generell zurückhaltend gegenüber weiteren Erweiterungsrounden der EU gezeigt. Besonders stark ausgeprägt ist die Kritik am EU-Beitritt der Türkei im bürgerlich konservativen Lager. Das linke Lager zeigt sich gespalten. Allein die Grünen und die nichtsozialistische Linke stehen einem EU-Beitritt der Türkei eindeutig positiv gegenüber¹⁰. Insgesamt hat die Zuspitzung der Türkei-Debatte zu einer Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen und darüber vermittelt einen negativen Einfluss auf das Verfassungsreferendum ausgeübt.

In der Diskussion über die Erweiterung der EU und speziell über den EU-Beitritt der Türkei gilt es zwischen den Einstellungen der Bevölkerung und dem Diskurs der Eliten zu unterscheiden. So basiert die Zurückhaltung der Bevölkerung in erster Linie auf den Sorgen vor den ökonomischen und sozialen Folgen weiterer Erweiterungsrounden. Die negativen Folgen zunehmender Immigration für den Arbeitsmarkt ist die am häufigsten genannte (40%) Begründung für eine Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei¹¹. Zugleich gehört Frankreich gemeinsam mit Deutschland zu jener Gruppe von Mitgliedstaaten, die generell einer weiteren Erweiterung der EU am kritischsten gegenüberstehen. Gepaart ist diese Haltung mit der Sorge vor der Verlagerung von Arbeitsplätzen in die Niedriglohnländer der EU, die von 86% der

⁹ vgl. Thadden, Rudolf von, Aufbau nationaler Identität. Deutschland und Frankreich im Vergleich, in: Giesen, Bernhard (Hrsg.), Nationale und kulturelle Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewusstseins der Neuzeit, Frankfurt/Main, 1996, S.505-510.

¹⁰ Vgl. Le Monde 3.u. 4.10.2004, «Les réticences à l'entrée d'Ankara dans l'union européenne dominant largement dans le débat politique français»; Le Monde,1.3.2005, «L'Europe sème la confusion dans toutes les familles politiques.

¹¹ vgl. Ipsos-Umfrage , 24./25.9.2004

Franzosen zum Ausdruck gebracht wird¹². Im Diskurs der politischen Eliten spiegelt die Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei eher implizit als explizit zum Ausdruck gebrachte Vorstellungen über die zukünftige Gestalt der EU. Ausgangspunkt dieser Vorstellungen ist der breite Konsens über das Ziel einer politischen Union, die neben der Behauptung europäischer Interessen auch der Kompensation des nationalen Einflussverlustes dienen soll. Das Modell der Freihandelszone spielt damit allenfalls als Negativfolie eine Rolle und wird als solches von den Gegnern weiterer Erweiterungen instrumentalisiert. Zur Ausgestaltung dieser politischen Union wird auf traditionelle, im Kontext des westeuropäischen Integrationsprozesses entwickelte Konzepte zurückgegriffen. In den Kreisen der UMP und der jakobinistischen Linken liegt die Präferenz nach wie vor beim Konzept einer europäischen Konföderation. Die parlamentarische Linke, die Grünen und die UDF tendieren dagegen zunehmend zu föderalen Europakonzepten, die unter dem Blickwinkel der Handlungsfähigkeit eine eher kritische Haltung gegenüber einer Erweiterung der EU implizieren. Eine Erweiterung der Union über die bereits beschlossenen EU-27 hinaus wird von der überwiegenden Mehrheit der Vertreter des föderalen Modells als Gefahr für das innere Gleichgewicht und die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft abgelehnt. Untermuert wird die daraus resultierende Ablehnung eines EU-Beitritts der Türkei schließlich mit dem Argument, dass die Türkei kein europäisches Land sei¹³. Allein die Grünen, und Teile der PS lehnen gemeinsam mit den Vertretern der extremen Linken eine kulturell begründete Ablehnung des EU-Beitritts der Türkei explizit ab und betonen damit den republikanischen Charakter des föderalen Europaprojektes. Große Anziehungskraft hat eine kulturell begründete Ablehnung der EU-Mitgliedschaft der Türkei dagegen auch in Kreisen der UMP, wodurch Staatspräsident Chirac in seiner Offenheit gegenüber dem EU-Beitritt der Türkei zunehmend in Bedrängnis geriet. Insgesamt lässt sich im Diskurs der Eliten über den EU-Beitritt der Türkei das Vordringen eines kulturalistischen Politikverständnisses feststellen, das erneut auf eine Krise des republikanischen Politikmodells verweist und die neue Karriere des rückwärts gewandten Bildes eines christlich-karolingischen Europas begünstigt. Durch diese Diskurse wurden die in der Bevölkerung bereits vorhandenen Überfremdungsängste verstärkt. Verbunden mit den Unsicherheiten bezüglich der ökonomischen und sozialen Problemlagen begünstigten diese durch den Elitendiskurs noch verstärkten Ängste und Abgrenzungstendenzen eine weitere Festigung der ablehnenden Haltung gegenüber einem EU-Beitritt der Türkei, die von den Gegnern des Verfassungsvertrages instrumentalisiert werden konnte.

Europe puissance

Eng verknüpft war sowohl die Debatte über die Türkei als auch die Auseinandersetzung über den Verfassungsvertrag mit der Frage nach der Rolle der EU als internationaler Akteur. Im Unterschied zu den beiden vorgenannten Themenfeldern gibt es jedoch diesbezüglich einen breiten Konsens, was schon allein daran erkennbar ist, dass sich sowohl Befürworter und Gegner eines EU-Beitritts der Türkei als auch Befürworter und Gegner des Verfassungsvertrages auf das Modell Europas als eigenständiger und einflussreicher Machtfaktor beziehen. Nur eine kleine Minderheit im linksextremen Lager kritisiert die aus ihrer Sicht machtpolitische Orientierung und eine zunehmende Militarisierung europäischer Politik¹⁴. Durchgesetzt hat sich seit dem Ende der Nachkriegsordnung das Modell „Europe puissance“, dass nicht zuletzt der Kompensation des nationalen Einflussverlustes dienen soll.

¹² vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report France, S.33 und S. 26

¹³ vgl. Valéry Giscard d'Estaing, Zurück zur Vernunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.11.2004.; Goulard, Sylvie, Wider eine Union „large und light“, in: Dokumente 6/2004

¹⁴ vgl. Ligue Communiste Révolutionnaire, Leur europe et la nôtre par Roseline Vachetta et Alain Krivine, 3. 11. 2004, http://lcr18.lautre.net/breve.php3?id_breve=277 (17.4.2005)

Geprägt ist dieses Modell von einem realistischen Politikansatz. Politische Einflussnahme und militärische Stärke gelten als Grundlagen der Unabhängigkeit und des Einflusses der EU im Mächtekonkordat der neuen multipolaren Welt. Eine Vertiefung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) und die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) sind deshalb zentrale Anliegen der politischen Elite wie auch der Mehrheit der Bevölkerung. 69% der Franzosen befürworteten die Gemeinsame Außenpolitik und 81% die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zugleich meinen 85% dass die europäische Politik gegenüber der amerikanischen Außenpolitik autonom sein muss¹⁵. In der Debatte über den Verfassungsvertrag wurde das Modell „Europe puissance“ an sich nicht zur Disposition gestellt. Die Geister schieden sich allein an der Frage, ob der Vertrag Grundlagen für eine Verbesserung der GASP und insbesondere der ESVP enthält oder nicht. Dabei bezogen sich die Befürworter in erster Linie auf die Einrichtung des Postens eines europäischen Außenministers, auf die Möglichkeiten der verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung sowie auf die Klauseln zur gegenseitigen Unterstützung im Antiterrorkampf und im Falle militärischer Aggressionen. Die Gegner kritisierten demgegenüber, dass es gegenüber den bereits bestehenden Regelungen nur geringfügige Änderungen gäbe. Das Prinzip der Einstimmigkeit behindere nach wie vor eine effektive gemeinschaftliche Außen- und Verteidigungspolitik und die fortgesetzte Unterwerfung der europäischen Verteidigungskapazitäten unter die Strukturen der NATO widerspreche dem Ziel europäischer Unabhängigkeit¹⁶. Auch wenn die Befürworter des Verfassungsvertrages als wichtigsten Grund die Stärkung der Union gegenüber den anderen großen Mächten (USA, China, Indien) angaben (52%)¹⁷, fielen die Fragen der außenpolitischen Rolle der EU in der Auseinandersetzung insgesamt weniger ins Gewicht. Zurückzuführen ist dies auf den breiten Konsens über die Vertiefung der außen und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit im Sinne der Selbstbehauptung und der Stärkung des weltweiten Einflusses der EU.

Demokratie

Gleiches gilt schließlich für die Frage der demokratischen Legitimation und Transparenz europäischer Politik, wengleich gerade diese Herausforderungen zu den zentrale Aufgaben des europäischen Verfassungskonvents zählte¹⁸. Die Befürworter propagierten den Verfassungsvertrag als den demokratischsten Text aller europäischen Verträge und verwiesen dabei im wesentlichen auf die Stärkung der Rolle des EP und der nationalen Parlamente, die vorgesehene Wahl des Kommissionspräsidenten durch das EP, die Einführung eines Petitionsrechts für die europäischen Bürger sowie auf die Festschreibung der Grundrechtscharta. Die Kritiker wiesen dagegen unter Bezug auf die detaillierten Einzelbestimmungen auf die Begrenztheit dieser Innovationen hin. Hervorgehoben wurde u.a. die weiterhin begrenzte Rolle des EP im Rahmen der Gesetzgebungsprozesse, die letztlich nur einem Investiturverfahren entsprechende Wahl des Kommissionspräsidenten durch das Europäische Parlament sowie die Begrenztheit des Petitionsverfahrens, die sich nicht nur aus der Tatsache ergibt, dass eine Million Bürger aus neun europäischen Ländern hinter einer solchen Petition stehen müssen, sondern auch daraus, dass die vorgeschlagene Initiative den politisch-inhaltlichen Vorgaben des Verfassungsvertrages entsprechen soll¹⁹. Kritisch angemerkt wurde außerdem, dass die festgeschriebenen Grundrechte hinter den

¹⁵ vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report France, S.35.

¹⁶ vgl. . u.a. Attac, „Constitution“ européenne , a.a.O., S.122ff und; Lechevalier, Arnaud / Wasserman, Gilbert, la Constitution européenne, a.a.O., S.101ff.

¹⁷ vgl. Le Monde, 31.5.2005, «La crainte pour l'emploi est la raison principale du rejet de la constitution par les Français».

¹⁸ vgl. Erklärung von Laeken zur Zukunft der Europäischen Union, <http://european-convention.eu.int/pdf/LKNDE.pdf> (5.6.2005)

¹⁹ vgl. . Attac, „Constitution“ européenne , a.a.O., S.71ff.

Grundrechtsbestand einzelner nationaler Verfassungen zurückfallen und darüber hinaus nur begrenzt einklagbar sind²⁰. Unabhängig vom Text des Verfassungsvertrages selbst verwiesen die Kritiker auf den undemokratischen Charakter des Verfassungsprozesses und auf die Dramatisierung des „Non“, die einer offenen demokratischen Debatte zuwiderlaufe²¹. Insgesamt spielte die Frage der Demokratie jedoch sowohl in der Debatte als auch in der endgültigen Entscheidung eine eher zu vernachlässigenden Rolle. Ähnlich wie beim Thema der EU als internationaler Akteur bot das Thema der Demokratie für die Meinungsführer der Kritiker wenig Ansatzpunkte, da es in der französischen Bevölkerung insgesamt eine vergleichsweise großen Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Europäischen Union gibt²². Die Befürworter konnten dagegen weder aus der vergleichsweise breiten Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in der Union noch aus dem Konsens über die Rolle der EU als internationaler Akteur genügend Kapital für eine Zustimmung zum Verfassungsvertrag schlagen.

Konklusion:

Festzuhalten bleibt somit, dass die französische Debatte über den Verfassungsvertrag von den Sorgen über die ökonomischen und sozialen Entwicklungen in der erweiterten EU dominiert war. Zum Ausdruck kamen hierbei diffuse Ängste, die durch die schwierige Gemengelage ökonomischer und sozialer Krisenerscheinungen ebenso ausgelöst wurden, wie durch die Europäisierungs- und Globalisierungsprozesse, die weiteren Deregulierungsprozesses Vorschub leisten und mit dem republikanischen Sozialstaatsmodell nur schwer in Einklang zu bringen sind. Zugleich zeigt sich aber auch, dass diese Ängste weit weniger als noch im Rahmen der Abstimmung über den Vertrag von Maastricht mit einer generellen Kritik an der europäischen Einbindung verbunden sind. Im Gegenteil: eine generell positive europapolitische Grundeinstellung der französischen Bevölkerung paart sich mit einer relativ großen Zufriedenheit mit den demokratischen Strukturen innerhalb der Union sowie mit einem breiten Konsens über die wichtige und weiterhin zu verstärkende Rolle der EU als internationaler Akteur. Eine wichtige internationale Rolle kann die EU aber nur dann spielen, wenn sie nicht an zentralen inneren Widersprüchen zerbricht. Umso wichtiger scheint deshalb das Signal zu sein, dass vom Französischen Nein zum Verfassungsvertrag ausgeht und auf die Notwendigkeit einer sozialen Gestaltung des europäischen Binnenraumes verweist, die von immer weiteren Bevölkerungsteilen gefordert wird und mit der Erweiterung der Union zunehmende Bedeutung gewinnt. Die politischen Eliten haben dagegen weitgehend die Ängste und Forderungen der Bevölkerung für eine Europadebatte instrumentalisiert, die über den zur Abstimmung vorliegenden Text hinausreichte, letztlich jedoch nicht vom europapolitischen Gestaltungswillen, sondern von den Interessen und Spielregeln interner machtpolitischer Auseinandersetzungen geprägt war. Hierauf verweist nicht zuletzt die Tatsache, dass der aufgeblähte Elan des europapolitischen Diskurses unmittelbar nach dem Referendum in sich zusammengefallen und dem tagespolitischen Kleinkampf der französischen „politique politicienne“ gewichen ist. Die Gefahr ist groß, dass auf diese Weise das europapolitische Vertrauenskapital, das trotz aller Kritik am Verfassungsvertrag in der französischen Bevölkerung gegeben ist, endgültig verspielt wird.

Europaweit könnte sich die Krise des Verfassungsprozesses nur dann als heilsamer Schock auswirken, wenn sie der Auftakt für die längst überfällige Debatte über die Gestaltung europäischer Politik darstellen würde. Im Mittelpunkt dieser Debatte müsste die offene Frage der sozialen und ökonomische Gestaltung der erweiterten Union stehen, die nach der

²⁰ vgl. Lechevalier, Arnaud / Wasserman, Gilbert, *la Constitution européenne*, a.a.O., S.56f.

²¹ vgl. Vincent Tournier, *Non, pour la démocratie*, in : *Le Monde*, 5.5.2005 und Jean Beaudrillard, *le non est une réponse en forme de défi à un principe hégémonique venu d'en haut. L'europe divine*, in: *Libération*, S17.5.2005

²² vgl. Eurobarometer 62, Autumn 2004, National Report France, S.41.

Begründung des europäischen Binnenmarktes und der Währungsunion zugunsten institutioneller Fragestellungen und der Neugestaltung der außen- und verteidigungspolitischen Zusammenarbeit in den Hintergrund gedrängt wurde. Die politischen Eliten Europas haben diesbezüglich eine Bringschuld, die für die Zukunft Europas weit wichtiger ist als eine wie auch immer geartete Durchsetzung eines Verfassungsvertrages, dessen institutioneller Kerngehalt auch in einem schlanken Zusatzvertrag zum Vertrag von Nizza festgeschrieben werden könnte.